



### Presseschau vom 23.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends / nachts:

**Dnr-online.ru: ‚Direkter Draht‘ und Pressekonferenz des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko** (Auswahl einiger Fragen)

*Gesetz zur Reintegration des Donbass – Frage wird es eine Reaktion der Republik darauf geben?*

Dieses Gesetz ist kein Gesetz über die Reintegration, sondern ein Gesetz über die Vernichtung der Bevölkerung des Donbass, es ist ein Genozid an den Menschen, die auf diesem Territorium leben. Dieses Gesetz löst Poroschenko und der Militärclique, die er leitet, die Hände.

Nichts wird ihnen gelingen, die Strafe wird auf jeden Fall folgen. Wir sind bereit sie in allen Fragen abzuwehren, die dieses Gesetz aufbringt, sowohl im militärischen als auch im politischen Bereich.

*Vodafone-Mobilfunkverbindung*

Seit der Abschaltung von „Vodafone“ auf unserem Territorium sind fast drei Monate vergangen. Wir tun alles uns Mögliche, um die Verbindung einzurichten. Ich habe mich mit OSZE-Vertretern getroffen, wir haben der Mission einen offiziellen Vorschlag gemacht. Auf dem Treffen haben wir eine klare Position zum Ausdruck gebracht, dass wir bereit sind maximale Unterstützung zu leisten, wir warten nur auf den Willen der Ukraine. Unsere Absichten haben wir auch in Minsk bestätigt.

Anschließend ergänzte der Kommunikationsminister Wiktor Jazenko die Ausführungen und erklärte, dass alle Schwierigkeiten bei einer Organisation des Verhandlungsprozesses zur Wiederherstellung der Funktion des ukrainischen Mobilfunkoperators auf dem Territorium der

DVR von der Administration des ukrainischen Präsidenten geschaffen werden.

„Derzeit sind alle Hindernisse, die bei der Wiederaufnahme der Funktion von Vodafone bestehen und zu irgendwelchen Anschlüssen unseres Operators Phönix ausschließlich auf Seiten der Administration Poroschenkos zu finden. Denn von Seiten der OSZE gibt es eine positive Position und Vodafone ist bereit mit uns zusammenzuarbeiten“, sagte Jazenko.

Er äußerte sich auch zur derzeitigen Situation beim Mobilfunkoperator Phönix.

„Arbeiten zur Verbesserung der Qualität der Mobilfunkverbindung in der Republik laufen jeden Tag. Inzwischen ist der Betrieb von Phönix in Donezk, Makejewka und Charzysk zu 90% stabil. In Gorlowka und Jenakiewo laufen die Arbeiten stabil. Wir beabsichtigen, den Bedarf unserer Bürger an Anrufen nicht nur im Inneren der DVR, sondern auch in die Länder der ganzen Welt zu befriedigen. Eine problematische Frage sind bis heute zweifellos wegen der Tarifierung Anrufe in die Ukraine, weil wir die Anrufe ausschließlich über europäische Länder führen“, kommentierte der Kommunikationsminister.

*Diskussion der Entwicklungsstrategie „Kraft des Donbass“*

Erstens meine ich, dass jeder von uns das Recht und sogar die Verpflichtung hat, am Leben des Staates als Bürger teilzunehmen. Zweitens, das Programm wurde nicht umsonst „Kraft des Donbass“ genannt. Es ist nicht die Kraft einer einzelnen Person, sondern des gesamten Volkes, die Kraft der Menschen, die in diesem Land leben und arbeiten, hier leben ihre Kinder. Es ist die Kraft des Staates als Ganzes. Im Programm ist die Rede von allen Einwohnern des Donbass, einschließlich der LVR und des Territoriums, das zeitweise von der Ukraine besetzt ist.

Es ist unser gemeinsames Land. Dort leben unsere Verwandten. Wir grenzen uns von ihnen nicht mit einer Mauer, nicht mit einer Front, nicht mit Grenzen ab. Es sind unsere Landsleute, unsere Brüder. Wir sind verpflichtet, in diesem Programm die Entwicklung des Donbass als Region zu berücksichtigen, nicht einzelner Territorien.

*Einheitliches Zollgebiet der DVR und der LVR*

Die Arbeit in dieser Richtung läuft. Einige Beschränkungen wurden schon aufgehoben. In buchstäblich wenigen Monaten sind große Schritte getan worden, aber es existiert ein grundlegendes Problem - wir sind zwei verschiedene selbständige Staaten mit verschiedenen gesetzgeberischen Basen und normativen Akten. Um alles richtig zu machen und keine Fehler zu begehen, müssen wir eine gemeinsame Gesetzgebungsbasis im Bereich der Zollregelungen schaffen. Alle Regelungen, Erlasse vereinheitlichen. Diesen Prozess planen wir in vier bis fünf Monaten abzuschließen. Ich meine, dass wir diese Frage in einem halben Jahr sicher abgeschlossen haben werden.

*Zahlung kommunaler Gebühren*

Von der Zahlung für kommunale Dienstleistungen sind nur die Menschen befreit, die im frontnahen Territorium leben oder deren Wohnraum zerstört ist. Dafür gibt es in den Städten und Bezirken der Republik Kommissionen, die das feststellen. Man muss sich an diese Kommissionen wenden um einen Aufschub zu beantragen. Aber wenn Ihr Wohnraum zerstört ist, sind sie von den Zahlungen für kommunale Dienstleistungen befreit.

Schulden werden nicht abgeschrieben werden. Ich meine, dass für Strom, Wasser, Heizung und kommunale Dienste jeder Bürger der DVR, der Selbstachtung hat, zahlen muss. Davon hängen die Sauberkeit in unseren Städten, die Heizung in unseren Häusern, eine stabile Strom-, Wasser-, Gasversorgung sowie auch die Löhne für die Menschen, die uns mit diesen Dienstleistungen versorgen, ab.

Wir haben vier Jahre lang die Tarife nicht erhöht und das ist für den Staat nicht einfach. Aber wir halten die Tarife auf Vorkriegsniveau.

*Im Land gibt es einen Mangel an Fleisch- und Milchprodukten aus eigener Produktion. Die Republik versorgt sich selbst zu 25% mit Milchprodukten und etwa zu 40-45% mit Fleisch.*

*Alexandr Sachartschenko sprach über die Pläne zur Entwicklung der Landwirtschaft.*

Gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium der DVR wurde die Entscheidung

getroffen, eine Reihe von Programme zu erarbeiten, die es erlauben, in der nächsten Zeit diesen Anteil auf das Doppelte zu erhöhen und die Lebensmittelsicherheit für die Bevölkerung des Landes zu gewährleisten.

Nach den Worten des Landwirtschaftsministers Wladimir Antonow werden Programme für die Entwicklung nicht nur der Viehzucht, sondern auch des Pflanzenanbaus vorbereitet.

„In kürzester Zeit werden alle Pläne dem Oberhaupt der DVR vorgelegt. Trotz der existierenden Probleme werden mittelfristige Programme es erlauben, die Bevölkerung der Republik bis 2023 vollständig mit Fleisch, Milch und Gemüse zu versorgen“, teilte Antonow mit.

Alexandr Sachartschenko fügte hinzu, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um den Bedarf der Bevölkerung früher zu decken.

Wir haben uns schwierige und ambitionierte Aufgaben gestellt. Die Ukraine hat in ihrer mehr als zwanzigjährigen Existenz die Landwirtschaft nur zerstören können. Im Jahr 1992 gab es auf dem Territorium des Donezker Oblast, wo sich jetzt die DVR befindet, etwa 40.000 Rinder. Im Jahr 2014 ist diese Zahl auf 3000 in den staatlichen Agrarkomplexen gefallen. Faktisch haben wir die Viehzucht von Null auf wiederbelebt. Die nächsten Pläne sehen vor, die Zahl auf 15.000 bis 20.000 zu erhöhen. Dies wird es gestatten, die Bevölkerung der Republik zu 80-85 Prozent mit Rindfleisch zu versorgen. Außerdem ist die Entwicklung der Versorgung der Bevölkerung mit eigenem Schweine- und Geflügelfleisch geplant. Die Vergrößerung des Gemüse- und Obstanbaus wird es erlauben, angrenzende Branchen in Betrieb zu nehmen – Konservierung und Weiterverarbeitung der Produkte, die Schaffung von 3000-5000 Arbeitsplätzen und in der Folge die Vergrößerung der Steuereinnahmen für den Haushalt.

*Entwicklung der DVR, Ergebnisse von vier Jahren, Pläne für die Zukunft*

Unsere Treffen sind schon eine Tradition. Wenn ich die Ergebnisse von vier Jahren ansehe, möchte ich sagen, dass wir sehr viel getan haben. Riesige Anstrengungen haben die Regierung, der Volkssowjet, wir alle eingebracht. Mit Hilfe dieser Anstrengungen haben wir gemeinsam einen Staat geschaffen. Das kann man offiziell erklären. Wir haben alle Attribute eines Staats. Wir kommen tatsächlich mit den schwierigsten Problemen zurecht. Und das ist das Verdienst jedes Einzelnen von uns – von denen, die hier im Saal sitzen und die in den Unternehmen arbeiten. Das ist die Liebe des Volkes zu seiner Heimat, zu seinem Land, der Glaube an den Sieg.

Tatsächlich ist bei uns Krieg. Der Krieg ist sehr schwer. Aber tatsächlich haben wir schon gesiegt, aber wir können es nicht offiziell verkünden. Es bleiben noch einige Schritte. Wir haben 2016 gesiegt, als wir den Geist der ukrainischen Soldaten zerschlagen haben. Ein Soldat ohne innere Überzeugung, ohne den Wunsch zu siegen, ist kein Soldat. Er weiß nicht, wofür er kämpft. Zu Beginn hatten sie Courage und Eifer, aber in den Jahren 2014-2015 haben wir ihren Kampfgeist zerschlagen und das war der hauptsächliche Sieg. Das Übrige ist eine Sache der Technik. Und unsere derzeitige gemeinsame Aufgabe ist es nicht, darüber nachzudenken, wie wir eine Stadt stürmen und ein Territorium befreien – darüber sind wir verpflichtet jeden Tag nachzudenken. Wir sind verpflichtet in die Zukunft zu schauen. Und die Zukunft, das sind Menschen, Unternehmen, die Landwirtschaft, das sind Fabriken, das ist unser Leben. Das sind unsere Kinder, Bildung, Medizin und Gesundheitsvorsorge.

Das Jahr 2018 wird ein Jahr positiver Umwälzungen werden. Geplant ist eine Erhöhung der Renten, der Stipendien, die Inbetriebnahme von Unternehmen, die länger als ein Jahr stillstehen, die Erhöhung des Mindestlohns ist geplant. Wir konnten viele Lohnrückstände tilgen. Bisher gelang das nicht überall und nicht vollständig, aber die diese Rückstände sind nicht erst seit 2014 entstanden. Manche Rückstände bestehen seit 2011. Ich bin überzeugt, dass wir diese Fragen im Jahr 2018 vollständig lösen werden.

Es gibt Änderungen im Bildungssystem. Wir verlassen das ukrainische System und kehren zum alten guten System zurück, dass es in der Sowjetunion gab. Im Jahr 2018 wird in den

Schulen eine Unterrichtsstunde zu Religionen eingeführt. Wir müssen zu unseren Quellen zurückkehren. Ohne Glauben ist es schwer zu leben und zu kämpfen. Geistige Werte sind etwas, was unsere Jugend in der Zukunft retten wird.

Reformen sind in den unterschiedlichsten Bereichen zu erwarten. Das alles zeugt davon, dass im Jahr 2018 die militärische Rhetorik enden wird. Der hauptsächliche Schwerpunkt wird jetzt auf die Entwicklung des Landes gelegt, die Entwicklung des Staates, die Entwicklung des sozialen Bereichs. Über diese Fragen werden wir bei unserem nächsten Treffen sprechen. Wenn wir die ganze Zeit nur über den Krieg sprechen, wird sich das Land nicht von den Knien erheben. Auch deswegen nennt sich die Strategie, die wir gemeinsam erarbeiten „Kraft des Donbass“. Die Kraft des Donbass ist die Kraft unseres Volkes, eines jeden von uns. Arbeit gibt es sehr viel. Wir müssen arbeiten, nicht die Hände in den Schoß legen. Das ist auch eine Art von Krieg, Kämpfe, aber sie werden ganz anders sein, freudig. Wenn Häuser aufgebaut werden, verschiedene Fragen gelöst werden, Kindergärten wiederaufgebaut werden. Und wenn wir all das sehen werden, so denke ich, wird sich das Herz eines jeden freuen. Wir werden ein ganz anderes Land bauen – ein glückliches und blühendes. Wir werden wissen, dass wir Unternehmen entwickeln, Renten zahlen, die Stipendien erhöhen. Und genau darüber will ich mit Ihnen auf unserem nächsten Treffen sprechen. Es wird Probleme geben, es wird Schwierigkeiten geben. Sie können nicht vermieden werden, aber sie sind alle lösbar. In diesen Jahren haben wir gezeigt, dass wir ein einheitlicher Organismus sind, der in eine Richtung arbeitet. Wir haben auch vor den schwersten Aufgaben keine Angst. Wir fürchten nicht die Arbeit und wir alle wissen, dass wir zum Wohl unserer Zukunft, zum Wohl unserer Kinder dienen und arbeiten.

*Der Donbass war in allen Kriegen an der Spitze der heftigsten Kämpfe. Sowohl im Bürgerkrieg als auch im Großen Vaterländischen Krieg hat das Bestreben, dieses Land zu beherrschen, die Vernunft vieler verdunkelt. Jetzt verdunkelt das Land des Donbass die Vernunft der USA, deshalb schicken sie Ukrainer um gegen uns zu kämpfen. Was meinen Sie, interessiert die USA nur Kohle und Metall?*

Das einzige Bestreben der USA ist es, einen Spannungsherd auf dem Territorium der RF zu schaffen. Sie versuchen über unser Land, über unseren Donbass, auf die Prozesse Einfluss zu nehmen, die jetzt in Russland geschehen. Dort werden große Projekte realisiert. Russland hat sich unter der Präsidentschaft von Wladimir Wladimirowitsch Putin von den Knien zu erheben begonnen. Aber ein starkes Russland braucht Washington nicht. Nötig ist ein Russland, das auf dem Bauch kriecht, das auf den Knien liegt, das jeden Befehl aus Washington hört und wie ein Hund gehorcht. Ein Russland, das seine Bedingungen stellen kann, offen und ehrlich über seine Kraft in der ganzen Welt sprechen kann, das entsprechend Gerechtigkeit und Gewissen leben kann, braucht der Westen nicht. All unser Elend ist mit der Absicht des Westens verbunden, Russland auf die Knie zu zwingen. Aber Russland ist unsere große und gemeinsame Heimat. Viele von uns sind in der Sowjetunion geboren, wo es keine Trennung in Ukraine, Weißrussland, Kasachstan, Usbekistan gab. Es war ein gemeinsames Land. Unser Vorfahren haben Schulter an Schulter die Heimat verteidigt, Berlin eingenommen, das Land wiederaufgebaut, einen Staat aufgebaut. Heute gibt es das leider nicht, aber ich bin sicher, dass es früher oder später so kommen wird. Und wir werden zusammen sein. Deshalb ist es unsere Aufgabe, durch unseren Kampf unserer Heimat zu zeigen, dass wir sie rühmen und uns an sie erinnern - und sie wie unsere Vorfahren verteidigen und gemeinsam in unserem großen Haus leben können.

Zweitens, der Verlust des Donbass ist für die Ukraine der Verlust eines riesigen Päckens Geldes. Sie erinnern sich, als man im Jahr 2014 über uns geschrieben hat, dass unsere Kohleindustrie eine Subventionsbranche ist und wir Milliarden Subventionen erhalten. Wir leben im vierten Jahr. Unsere Kohlebranche erhält keine Kopeke Subventionen aus dem Staatshaushalt, sondern sie ist eine der Branchen, die unseren Staatshaushalt auffüllt. Gehen wir zu Landwirtschaften. In vielen Ländern, darunter der Ukraine, gibt es

Subventionsprogramme für die Landwirtschaft. Glauben Sie mir, zu den ukrainischen Landwirten gelangen diese Gelder nicht. Wir leben im vierten Jahr. Die Landwirtschaft kommt auf die Beine. Nicht so schnell, wie man es wünschen würde, aber die Situation, in der wir uns 2014-2015 befunden haben ist für jedes Land untypisch. Wir haben Probleme gelöst, mit denen viele Länder nie gekämpft haben. Die ganze Welt hat auf uns gesehen und gewartet, wie wir diese Probleme lösen. Und wir lösen sie.

Ich bin überzeugt, dass 2018 ein Jahr des Durchbruchs für die Ökonomie, für die Landwirtschaft, für die Kohlebranche, für das Land im ganzen werden wird. Und ich hoffe, dass wir in diesem Jahr trotz allem sagen werden, dass wir gesiegt haben. Aber solange das nicht geschehen ist, müssen wir kämpfen, unsere große Heimat verteidigen, unsere kleine Heimat verteidigen. Das ist das Kreuz, das wir übernehmen müssen und ich bin überzeugt, dass wir das mit Ehre tun werden.

de.sputniknews.com: Österreich: So werden Kinder im Grundschulalter gegen Putin indoktriniert

Der russische Präsident Wladimir Putin ist für zahlreiche westliche Medien ein Dauerziel für Kritik und emotional negativ geprägte Artikel. In Österreich erfasst dies anscheinend nun sogar Zeitungen, die Kinder im Grundschulalter als Zielgruppe haben, wie ein Vertreter der russischen Botschaft in Wien nun feststellen musste.

Laut Bulat Khaydarov, Presseattaché der russischen Botschaft in Wien, hat er von einer österreichischen Bürgerin den Hinweis bekommen, dass im Grazer Kinderblatt «Pausen Zeitung» Kindern im Grundschulalter Artikel vorgelegt werden, die eine klare Positionierung gegenüber dem russischen Präsidenten nahezu vorgeben würden.

„Bestimmt behauptet die Redaktion der «Pausen Zeitung», politische Bildung zu betreiben, aber meiner Meinung nach ist das ein übliches Anti-Russland-Framing und Putin-Bashing, die täglich von den Mainstreammedien geliefert werden“, schreibt hierzu Khaydarov in seinem Twitter.

Besonders schlimm sei in diesem Fall, dass es sich hierbei um Kinder als Zielgruppe handele, die ein bereits vorgefertigtes Bild „über Gut und Böse“ vorgelegt bekommen würden.

In der Tat stehen in dem Kinderblatt solche „vorgekauften“ Sätze wie etwa:

„Putin lässt auch gerne Gesetze so ändern, dass er noch mehr Macht hat.“

Insgesamt sei dies eine Medienkampagne, die gezielt Schulkinder ins Visier nehme.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32002/58/320025803.jpg>

Dan-news.info: „Heute tagsüber haben die ukrainischen Streitkräfte **Sajzewo** beschossen. Zum Zeitpunkt des Beschusses arbeiteten Traktoristen in der Ortschaft, die an einem Abschnitt dort arbeiteten und unter Feuer gerieten“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Nach vorläufigen Informationen wurden von den Positionen der ukrainischen Truppen aus mindestens zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120m abgefeuert. Verletzt wurde niemand, den kommunalen Beschäftigten gelang es, in einem zuvor ausgehobenen Graben Schutz zu finden.

### **vormittags:**

de.sputniknews.com: Peskow: Dazu sind Russlands Gegner um Eindämmung willen bereit  
Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat in einem Interview erklärt, wozu Gegner eines starken Russlands bereit sind, um es einzudämmen.

Die Gegner des an Kraft gewinnenden Russlands seien bereit, das Völkerrecht zu gefährden und würden für die Eindämmung Russlands gegen alle Regeln verstoßen, sagte Peskow.

Je weiter sich Russland entwickle, desto unbehaglicher würden sich die Gegner eines starken Russlands fühlen und „umso härter in den internationalen Beziehungen vorgehen“, so der Kremlsprecher.

„Und im Rahmen dieses harten Vorgehens sind sie bereit, das Völkerrecht, die Grundlagen der internationalen Beziehungen und den freien Handel zu gefährden. Sie sind bereit, den fairen Handel und die WTO-Regeln zu vergessen. Sie sind bereit, alle Regeln zu vergessen, wenn sie Russland eindämmen wollen“, so Peskow.

Dnr-online.ru:Heute um 0:20 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte das Mörserfeuer aus Richtung Leninskoje auf das **Gagarin-Bergwerk** eröffnet und 6 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert, teilt die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

de.sputniknews.com: Kreml offenbart Putins außenpolitische Pläne

In seiner neuen Amtszeit will der russische Präsident Wladimir Putin Beziehungen zu vielen Ländern der Welt entwickeln, unter anderem zu den USA und zu den europäischen Ländern. Das äußerte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow in einem Gespräch mit dem Fernsehsender RT.

„Das Hauptziel der Außenpolitik sieht Präsident Putin in der Gewährleistung komfortabler Verhältnisse für die Erfüllung der inneren Aufgaben“, so Peskow.

Dafür brauche der Präsident Unterstützung seitens der Diplomatie. Dass Putin einen besonderen Akzent auf die inneren Angelegenheiten lege, werde indes nicht zu einer Isolierung Russlands von der Welt führen.

Russland habe nicht die Absicht, sich an dem Wettrüsten zu beteiligen und werde die militärischen Ausgaben senken. Dem Kreml-Sprecher zufolge zeigen sich in den internationalen Beziehungen immer mehr Elementen eines „kalten Krieges“.

Putin hatte die Präsidentschaftswahl am Sonntag mit einem Rekordergebnis von 76,66 Prozent gewonnen und geht nun gestärkt in seine vierte Amtszeit.

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feueinstellung wird eingehalten.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **viermal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Der Feind beschoss die Gebiete von **Sachanka und Gorlowka** mit Mörsern und Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: EU-Botschafter aus Moskau abberufen

Der niederländische Ministerpräsident, Mark Rutte, hat bestätigt, dass der EU-Botschafter in Russland, Markus Ederer, aus Moskau abberufen worden ist. Dies teilte die Nachrichtenagentur Associated Press mit.

Laut Rutte wurde der Diplomat zu Konsultationen nach Brüssel abberufen.

Dabei merkte Rutte an, dass es sich bei diesem Schritt um keine Sanktion handle, sondern er nur interimswise aus der russischen Hauptstadt abberufen worden sei.

Zuvor hatten die Medien berichtet, die EU-Staatshäupter hätten die Abberufung des EU-Botschafters in Russland wegen des Giftanschlags gegen den ehemaligen russischen GRU-Agenten und Spion Sergej Skripal beschlossen.

de.sputniknews.com: Kämpfer verlassen Harastra in Ost-Ghuta – russisches Verteidigungsministerium

Die Kämpfer der bewaffneten Gruppierung Ahrar al-Scham verlassen die Stadt Harasta in Ost-Ghuta. Das teilt das russische Verteidigungsministerium mit.

Nach Verhandlungen zwischen der Leitung des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien und der bewaffneten Gruppierung Ahrar al-Scham ist der Abzug der Kämpfer aus der Stadt Harasta vereinbart worden, heißt es in einer Meldung des Verteidigungsministeriums Russlands.

Nach Angaben des russischen Militärs hatten am 22. März 1895 Kämpfer und ihre Familienangehörigen die Ortschaft durch einen humanitären Korridor in Richtung Idlib verlassen. Die Sicherheit der Route wird laut dem Verteidigungsministerium durch die syrische Polizei unter Kontrolle der Offiziere des russischen Zentrums für Versöhnung und der Vertreter des Syrische-Arabischen Roten Halbmondes gewährleistet.

Die Lage in Ost-Ghuta hat sich in den vergangenen Wochen zugespitzt. Am 24. Februar hatte der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2401 angenommen, die alle Kriegsparteien auffordert, die bewaffneten Auseinandersetzungen einzustellen und eine humanitäre Pause für mindestens 30 Tage auf dem gesamten Territorium Syriens zu gewährleisten. Die bewaffneten Milizen in Ost-Ghuta beschießen Damaskus täglich mit Raketen und Minen. Unter Beschuss stehen sowohl Randgebiete als auch das Zentrum der Stadt.

Auf Befehl des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, war in Ost-Ghuta am 27. Februar eine tägliche humanitäre Pause eingeführt sowie einige humanitäre Korridore geöffnet worden.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 4. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sachanka, Sajzewo**.

Gestern Morgen wurden durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zwei

Wohnhäuser in Sachanka beschädigt: Lenin-Straße 1; Friedensstraße 1A.  
Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 27.  
In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR  
abgefeuerten Geschosse 57  
Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 Uhr  
(Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: „Russophobie ist offizielle Doktrin Warschaus“ – Polnischer Ex-Regierungschef

Der ehemalige Ministerpräsident Polens, Leszek Miller, hat in einem Gespräch mit Sputnik die letzten Präsidentschaftswahlen in Russland, die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft 2018 und die starken antirussischen Stimmungen in der polnischen Regierung kommentiert.

*Wahlen in Russland*

Miller bezeichnete den russischen Präsidenten Wladimir Putin, der am Sonntag die Wahlen mit einem Rekordergebnis von 76,69 Prozent gewonnen hatte, als ein „Symbol der Sicherheit und der Stabilität“ für Russen, die diese Werte „sehr schätzen“.

„Das ist außerdem eine positive Bewertung der bisher betriebenen wirtschaftlichen Politik. Denn wie aus den mir bekannten Angaben folgt, ist die Inflation nicht hoch und liegt bei zwei Prozent“, sagte der Politiker gegenüber Sputnik Polen.

Auch habe sich die innere Struktur von Russlands Finanzen geändert. Die Erdöl- und Gasexporte, die im Jahre 2014 die Hälfte der Staatseinnahmen ausmachten, lägen derzeit bei nur 25 Prozent.

„*Russophobie*“

Die antirussischen Stimmungen, die derzeit unter den polnischen Machthabern herrschen, seien die Grundlage von Warschaus offizieller Politik.

„Russophobie ist die offizielle Doktrin des polnischen Staates. Die Kräfte, die derzeit in Polen regieren, basieren auf Russophobie, die verschiedene Formen annimmt. Das wird genau so lange dauern, wie diese Kräfte in Polen regieren“, so der Ex-Ministerpräsident.

*Keine Glückwünsche für Putin*

Während der französische Präsident Emmanuel Macron und der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Gratulationstelegramme an den Kreml geschickt hatten, weigerte sich Polens Präsident Andrzej Duda, Putin zu seinem Wahlsieg zu gratulieren. Miller bezeichnete diesen Schritt als „nicht sehr klug“.

„Seitens Duda ist das eine Art Demonstration, nicht sehr klug, denn die simpelste Rücksichtnahme gegenüber dem Nachbarn, dem Nachbarland erfordert, diplomatische Glückwünsche zu senden.“

*Fußball-WM 2018 nicht politisieren*

Im Lichte der vielen Aufrufe zum Boykott der Fußball-WM 2018 in Russland erklärte Miller, dass er ein Gegner davon sei, „Sport zum Erreichen politischer Ziele auszunutzen“.

Am Freitag hatte die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation die endgültigen Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 18. März mitgeteilt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32002/92/320029294.jpg>

### **nachmittags:**

ukrinform.ua: Finanzhilfe: USA stellen der Ukraine 620 Mio. Dollar bereit.

Das US-Repräsentantenhaus hat ein Haushaltsgesetz 2018 beschlossen. Das Gesetz sieht eine Finanzhilfe für die Ukraine in Höhe von 620,7 Millionen Dollar vor.

Das teilt die ukrainische Botschaft in Washington mit. Das US-Verteidigungsministerium wird laut der Botschaft 200 Millionen Dollar für die Finanzierung von Unterstützungsprojekten für die ukrainische Armee, darunter Ausbildung der Soldaten, Lieferung von Verteidigungswaffen, Logistik, nachrichtendienstliche Unterstützung der Armee und Sicherheitskräfte, erhalten. Das seien um 50 Millionen Dollar mehr als 2017.

420,7 Millionen Dollar wird die Ukraine über das US-Außenministerium erhalten, ein Plus von 10 Millionen im Vergleich zum Vorjahr.

Das Haushaltsgesetz soll nun vom Senat verabschiedet und vom Präsident Donald Trump unterzeichnet werden.

de.sputniknews.com: EU-Gipfel: May trommelt Merkel und Macron zu Anti-Russland-Front zusammen

Großbritanniens Premierministerin Theresa May nutzt den EU-Gipfel in Brüssel, um von den europäischen Ländern Solidarität im Fall Skripal abzufordern, schreibt die Onlinezeitung „Gazeta.ru“. Auch Berlin und Paris sollen demnach London den Rücken stärken – koste es, was es wolle.

Eigentlich hätte es beim Gipfel in Brüssel vorrangig um den Brexit gehen sollen. Doch Großbritanniens Austritt aus der Europäischen Union und die damit verbundenen Verhandlungen sind längst beiseitegeschoben: Alles dreht sich um den Giftanschlag in Salisbury. Dieser sei „Teil eines Musters russischer Aggression gegen Europa und seine Nachbarn“, wettete May in Brüssel gegen Moskau.

*Willkommene Ablenkung vom Brexit*

Die britische Premierministerin nutzt die Situation für eine Wiederannäherung an die EU. Ob es May gelingt, die EU-Länder auf ihre Seite zu ziehen oder nicht – eine fette politische Dividende wirft der Vorfall in Salisbury für sie bereits ab: Es ist aus dem Fokus gerückt, dass

der Brexit für die britische Regierungschefin zu einem Fiasko zu werden droht. Mays Umfragewerte haben sich nach dem Anschlag verbessert.

In der Tat werten einige Europa-Politiker den Anschlag in Salisbury als „einen sehr ernstesten Vorgang“, sagte Estlands ehemaliger Außenminister und Europa-Abgeordneter, Urmas Paet. Die Verbündeten hätten „keinen Anlass, an Großbritanniens Position zu zweifeln“. Die EU werde geschlossen reagieren. So könnten beispielsweise Sanktionen gegen bestimmte weitere Personen verhängt werden.

#### *Giftanalyse-Ergebnisse frühestens in zwei Wochen*

In russischen Diplomatenkreisen heißt es, die britische Führung lasse ihre Botschafter bei den Regierungen der EU-Ländern eifrig für mehr Rückhalt werben: Großbritanniens Version des Geschehens von Salisbury soll möglichst glaubhaft vermittelt werden.

Die russische Führung erklärt indes, sie habe mit dem Giftanschlag nichts zu tun, und bietet Großbritannien Unterstützung bei der Aufklärung des Attentats an: Man könne auf der Basis des Verfahrens der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zusammenarbeiten, so der Vorschlag aus Moskau.

Die Organisation bereitet derzeit einen Bericht vor, in dem die OPCW-Experten ihre Sicht der Lage darlegen. Die Fachleute haben am Montag, den 19. März von Großbritannien Proben des in Salisbury gefundenen Nervengifts erhalten. Mit den Ergebnissen der Auswertung sei frühestens in zwei Wochen zu rechnen, hieß es.

#### *Voreilige Solidarität*

Einige Länder haben Großbritannien bereits ihre Unterstützung zugesagt. Diese soll vor allem durch die Ausweisung russischer Diplomaten bekundet werden – ein in der Diplomatie undenkbarer Vorgang. Die polnische Zeitung „Gazeta Prawna“ berichtet mit Verweis auf die Staatskanzlei des polnischen Premiers, Warschau sei zur Ausweisung russischer Botschafter bereit. Vorher hatte der polnische Vize-Außenminister Konrad Szymański erklärt, Warschau werde wegen des Falls Skripal versuchen, Deutschland vom Bau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 abzubringen.

Die Entscheidung zur Ausweisung – sollte Polen sie tatsächlich treffen – würde bestätigen, dass die polnische Politik wirklich unselbständig sei, reagierte der Vize-Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im russischen Parlament, Dmitri Nowikow auf die polnischen Ankündigungen.

Unterdessen werten Deutschland und Frankreich den Vorfall von Salisbury in einer gemeinsamen Erklärung als „die erste offensive Anwendung eines solchen Nervengifts in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg“. Noch ist unklar, ob Berlin und Paris dieser Erklärung praktische Schritte folgen lassen, um ihre Solidarität mit London zu bekräftigen. Eine etwaige Ausweisung russischer Diplomaten würde dem Verhältnis der beiden Länder zu Russland jedenfalls ernsthaft schaden. Dabei sind sie eigentlich auf einen Dialog mit Moskau eingestellt.

US-Präsident Donald Trump hat derweil dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in einem Telefongespräch zu dessen Wiederwahl gratuliert. Die beiden Staatschefs erörterten auch die Möglichkeit eines Arbeitstreffens.

#### *Rückhalt unter Vorbehalt*

Dass die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder wegen des Vorfalls in Salisbury ohne stichhaltige Beweise tatsächlich Maßnahmen gegen Russland einleiten werden, sei sehr fraglich, erklärt der russische Politologe Wladimir Bruter: „Bislang gibt es keine Beweise. Deshalb werden böswillige Schritte – egal welcher Art – unweigerlich zu einer Beeinträchtigung der Beziehung führen.“ Die EU-Länder würden die Grenzen nicht überschreiten, „hinter denen die Lage unumkehrbar wird“, so der Experte.

Der russische Deutschland-Experte Wladislaw Below betont: Berlin gebe bereits zu verstehen, „dass es sich Sanktionsmaßnahmen nicht anschließen wird“. Überdies sei Großbritannien in seinem Verhältnis zur EU sehr geschwächt.

Und der russische Diplomat Wladimir Jermakow, Leiter der Abteilung für Waffenkontrolle im russischen Außenministerium, sagte am Mittwoch vor ausländischen Botschaftern, es gebe nur zwei mögliche Versionen zur Erklärung des Vorfalles in Salisbury: „Entweder die britische Führung ist nicht in der Lage, sich vor dieser Art von – bildhaft gesprochen – Terroranschlägen zu schützen, oder sie hat selbst direkt oder indirekt – ich werfe hier niemandem etwas vor – einen Angriff auf eine russische Staatsbürgerin inszeniert. Etwas Drittes gibt es schlicht und ergreifend nicht.“

armiyadnr.su: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den Streitkräften der Donezker Volksrepublik wurden in der letzten Woche planmäßige Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, das Wissen und die praktischen Fertigkeiten der Soldaten wurden vervollkommen, der Prozess der Truppenübungen von Bataillonen, Abteilungen und einzelnen Kompanien wurde fortgesetzt. Außerdem haben Übungsmaßnahmen mit unterstelltem Personal der Reserve stattgefunden. In allen Einheiten der Streitkräfte der Republik wird eine hohe Bereitschaft für den Fall einer möglichen Verschärfung der Lage aufrechterhalten.

Trotz des geltenden Waffenstillstands haben die ukrainischen Kämpfer weiter den Waffenstillstand verletzt und das Leben und die Gesundheit der Bürger unserer Republik in Gefahr gebracht.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer viermal das Regime der Feueinstellung verletzt, dabei wurden in **Richtung Gorlowka** auf das Gebiet von **Sajzewo** mit einem Mörser des Kalibers 120 mm 15 Geschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** hat der Gegner auf das Gebiet von **Sachanka** auch mit Mörsern des Kalibers 120mm acht Geschosse abgefeuert und außerdem mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 12-mal das Regime der Feueinstellung verletzt** und 76 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **sieben Ortschaften der Republik beschossen**.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Besatzer wurden acht Häuser in Sachanka zerstört oder beschädigt.

An zwei Tagen haben die ukrainischen Banditen Wohngebiete in Sachanka mit einem 120mm-Mörser beschossen. Es wurde rund um die Uhr geschossen und die **Feuerleitung erfolgte mit einer Drohne vom Typ „Fly Eye“**.

Unseren Soldaten ist es gelungen, sie abzuschießen. Danach endete der Beschuss sofort. Heute stellen wir das abgeschossene Gerät auf unserer Pressekonferenz vor.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Insbesondere wurde von unserer Aufklärung festgestellt:

Artillerie des Kalibers 152mm:

8 Haubitzen „Akazija“;

3 Haubitzen „Msta-B“;

7 Haubitzen „Giazint-B“;

des Kaliber 122mm:

10 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

19 Haubitzen „Gwosdika“;

6 Haubitzen D-30;

1 120mm-Mörser „Sani“;

6 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;

4 Abwehrraketenkomplexe „Strela-10“;

2 Abwehrraketenkomplexe „Osa“;  
25 Schützenpanzer und Schützenpanzerwagen.

Unsere Aufklärung hat Zugang zu einem Truppenteil für strategische Planung in Fragen des Informationskampfs erlangt. **Die Informations- und Propagandaeinheiten der ukrainischen Streitkräfte haben bis Juli 2018 als Hauptaufgabe die Destabilisierung der Informationslage in der Konfliktzone.**

Als ein Mittel wird die Verbreitung von panischen Äußerungen von nicht existenten Einwohnern unserer Republik mit Aufrufen, die Republik dringend in Richtung Ukraine zu verlassen, im Internet betrachtet.

Im Weiteren werden Einwohner, die auf diese Provokation hereinfließen, auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium festgenommen und entweder als gefangene Soldaten der Streitkräfte der DVR oder als Beteiligte an Aufklärungsaktivitäten im Interessen unserer Republik ausgegeben.

Diese Aufgaben haben die Gruppe für informationspsychologische Operationen der Spezialoperationskräfte und Einheiten des Sicherheitsdienstes der Ukraine, die sich in der Konfliktzone befinden, erhalten.

Wir schließen nicht aus, dass all diese Maßnahmen neben ihren grundlegenden Zielen auch den Zweck haben, den zügig absinkenden Kampfgeist der ukrainischen Kämpfer aufzurichten.

Hauptursache ist natürlich das vollständige Fehlen irgendwelcher Perspektiven zu Änderungen bei der materiellen Versorgung und den Lebensbedingungen, das ständige Einbehalt des Soldes sowie das Wissen über den ungerechten Charakter des von Kiew im Donbass entfachten Bürgerkriegs.

Diese Einstellungen zwingen die bewaffneten Banditen der „ukrainischen Streitkräfte“, von den Positionen zu desertieren, zu trinken, Selbstmord zu begehen.

Nach uns vorliegenden Informationen aus „Truppenteilen“ in der Konfliktzone gab es allein seit Anfang März 6 Fälle von Selbstmord (2 in der 54. mechanisierten Brigade, 2 in der 25. Luftlandebrigade, 1 in der 30. mechanisierten Brigade, 1 in der 36. Marineinfanteriebrigade). Dabei wurde nach offiziellen Informationen des Stabes der sogenannten „ATO“ nur ein Selbstmord in der 54. mechanisierten Brigade festgestellt.

Das Kommando der Bandenformationen der Ukraine verheimlicht weiterhin die Probleme in den ihm unterstellten Einheiten. Der neue Kommandeur der Kämpfer im Donbass – der Kriegsverbrecher Najew – hat die Aufgabe gestellt, Leiter, die Selbstmorde und Desertionen bei ihren Untergebenen zulassen, unbarmherzig von ihren Funktionen zu entfernen und zu entlassen.

Als erster befindet sich der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade – der Kriegsverbrecher Majstrenko – in dieser Reihe.

In seiner Brigade ist eine höchst beklagenswerte Situation entstanden, insbesondere eine mangelnde Personalausstattung – insgesamt 55%. Die Brigade hat während des „Gladosower Kessels“ und der blamablen Flucht der sogenannten „georgischen Legion“ große Verluste aufgrund von Scharfschützen und „freundschaftlichem“ Artilleriefeuer einer Brigadeartilleriegruppe der 128. Gebirgsjägerbrigade erlitten. Jetzt kommen noch Vertragsoldaten, die vor inadäquaten Kommandeuren fliehen, hinzu. Sie verlassen oft ihre Positionen ohne die Entscheidungen über ihre Entlassungsanträge abzuwarten.

Auch das untere Offizierspersonal der sogenannten „Armee der Ukraine“, das die Aufgaben von Kommandeuren von Zügen und Kompanien an der Front erfüllt, darf nicht unbeachtet bleiben.

Diese überalterten Hauptleute und Oberleutnants mit Anzeichen von psychischen Erkrankungen aufgrund von Drogen- und Alkoholabhängigkeit sind derzeit nicht weit von ihren Untergebenen entfernt.

In einer solchen Situation werden alle Versuche des Kommandos, Ordnung in ihre

Bandenformationen zu bringen, ergebnislos sein.

Nach Informationen aus der Hauptabteilung Mobilisierung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte sind derzeit 90% des unteren Offizierspersonals der Einheiten der sogenannten „ukrainischen Streitkräfte“ (vom Leutnant bis zum Hauptmann) älter als 32 Jahre und von diesen wieder mehr als die Hälfte über 40 Jahre alt.

Diese Zahlen zeugen nicht davon, dass erfahrene erwachsene Kommandeure kommandieren. Mehr als 80% dieser Offiziere, die ihre Banden von „ukrainischen Streitkräften“ kommandieren, wurden seit Mitte 2015 aus der Reserve gerufen.

Das heißt, gerade in dem Zeitraum, als Offiziere, die durch Mobilisierung in die Armee getrieben wurden, begriffen, dass es für sie im Zivilleben nichts zu holen gibt, für einen leichten Hinzuverdienst in diese Zone des Mordes an friedlichen Bürgern gingen.

Dabei erklärt die militärisch-politische Führung der Ukraine die Fähigkeit, spätestens bis 2020 auf NATO-Standards überzugehen.

Ein weiteres Beispiel für Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite geschah vor zwei Tagen. Ukrainische Kämpfer nutzten aus, dass ein Soldat in seiner Aufmerksamkeit nachließ, ergriffen ihn und brachten ihn auf das Territorium der Ukraine. Nach unseren Informationen lernte der unverheiratete Gefreite R.W. Tolkuschtschij im Internet eine gewisse Irina, 33 Jahre alt, kennen, die angeblich auch in Jenakiewo lebt. Das letzte Mal als Tolkuschtschij gesehen wurde, machte er sich nach vorheriger telefonischer Absprache auf den Weg zu dieser Irina. Das nächste Mal sahen ihn seine Verwandten bereits auf einem Video der Kämpfer der Ukraine.

So wurde R.W. Tonkuschtschij ein Opfer einer weiteren Provokation und wurde in derselben Nacht auf das Territorium der Ukraine gebracht, wahrscheinlich in einem Zustand, in dem er sich nicht mehr daran erinnern kann.

Nach der Videoaufzeichnung zu urteilen haben Mitarbeiter von Spezialdiensten der Ukraine dem Soldaten gegenüber physische Gewalt angewendet, deren Ergebnis angebliche Geständnisse vor der Kamera waren, bei denen er sich und seine Kameraden verleumdete.

### Корректировка огня ВСУ по населенным пунктам Республики с помощью БЛА



Повреждения в н.п.Саханка по улицам Мира и Ленина

[http://rusvesna.su/sites/default/files/slayd\\_k\\_brifingu\\_basurina\\_1.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/slayd_k_brifingu_basurina_1.jpg)

de.sputniknews.com: Putin: So werden wir politische Beschlüsse fassen  
Der russische Staatspräsident Wladimir Putin ist in seiner Ansprache an die russischen Bürger auf die Prinzipien eingegangen, nach denen politische Entscheidungen während seiner neuen Amtszeit getroffen werden sollen. Die Ansprache ist auf der Webseite des Kreml veröffentlicht.

„Ich möchte betonen: Alle bevorstehenden Entscheidungen, selbst die schwierigsten, werden nur durch Eines bedingt sein, und zwar durch die Notwendigkeit, den Rückstand, der in einigen Bereichen nach wie vor besteht, zu überwinden, eine schwungvolle Entwicklung des Landes und eine neue Lebensqualität für die Menschen zu sichern sowie auf die historischen Herausforderungen zu reagieren, mit denen wir konfrontiert werden“, sagte er.

„Die Hauptsache ist: Jede Entscheidung wird im Endergebnis lediglich im Interesse unseres Landes getroffen werden, unserer Bürger, für unsere Kinder und für zukünftige Generationen“, so der russische Staatschef.

Dabei sollen alle Entscheidungen offen getroffen werden: „Wir werden offen handeln, alle unsere Schlüsselentscheidungen mit den Menschen besprechen und erläutern, warum wir gerade so und nicht anders handeln, und was für Ziele wir erreichen wollen“, sagte Putin.

Mil-Inr.info: Wöchentliche Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR, Oberst M. Ju. Filiponenko:

Guten Tag!

Heute trage ich die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche vor und informiere auch über die Situation an der Kontaktlinie.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**. In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung entlang der Kontaktlinie festgestellt.

In der letzten Woche wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

Die ukrainischen Streitkräfte stationieren weiter Waffen und Militärtechnik, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind, entlang der Kontaktlinie.

So in den Gebieten folgender Ortschaften.

Stepnoje – Positionen von drei Mörserbatterien des Kalibers 120 und 82mm;

Popasnaja – auf dem Territorium einer Waggonreparaturfabrik befinden sich zwei Haubitzen D-30 und eine Mörserbatterie aus der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte;

Troizkoje – eine ausgerüstete Position, auf der sich eine Mörserbatterie des Kalibers 120mm befindet.

Der Hauptteil der ukrainischen Technik und Waffen, die sich an der Kontaktlinie befinden, kommt in den täglichen offiziellen Berichten der OSZE als in den Lagerorten bei Kontrollen von abgezogenen Waffen fehlend zum Ausdruck.

In der letzten Woche wurden hinter der Abzugslinie, aber außerhalb der festgelegten Lagerorte, folgende Waffen und Technik der ukrainischen Streitkräfte festgestellt:

7 152mm-Haubitzen „Giazint-B“;

12 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“;

12 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwosdika“;

5 122mm-Haubitzen D-30;

14 120mm-Mörser 2B11 „Sani“;

10 100mm-Antipanzuergeschütze MT-12 „Rapira“;

11 Mehrfachraketenwerfer „Grad“.

Die von den ukrainischen Truppen durchgeführten Maßnahmen zur Verstärkung von Kräften und Mitteln entlang der Kontaktlinie zeugen davon, dass die Kiewer Führung eine gewaltsame Variante der Lösung des Konflikts im Donbass plant.

Wir stellen weiter täglich Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten unter dem Personal der Einheiten der ukrainischen Kämpfer und Freiwilligeneinheiten vor dem Hintergrund des niedrigen moralisch-psychischen Niveaus des Personals sowie der Unprofessionalität des ukrainischen Kommandos und ihrer Gleichgültigkeit gegenüber den Untergebenen fest. Vor dem Hintergrund des oben Gesagten möchte ich mich an die verlogenen ukrainischen Massenmedien und die käuflichen sogenannten Blogger wenden.

Ehe Sie den Menschen von angeblichen Verlusten in der Volksmiliz der LVR erzählen, müssen Sie vor allem in den „eigenen Hof“ schauen, in das Leben und die Bedingungen der von den eigenen Kommandeuren der Willkür des Schicksals überlassenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte an der Front eintauchen. Die Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste unter Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte nimmt schockierende Ausmaße an. **Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres betrug die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste unter den ukrainischen Kämpfern 21 Tote und 47 Verletzte.** Hauptursachen, die zu einer solchen Menge nicht kampfbedingter Verluste in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte führen, sind: Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Soldaten, unvorsichtiger Umgang mit Waffen und Munition, Minen, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Selbstmord, Erkrankungen, Nichteinhaltung von Sicherheitsvorschriften bei Übungen.

Außerdem arbeitete nach unseren Informationen in der letzten Woche in den Einheiten der 54. mechanisierten Brigade eine Kommission des Stabes der vereinigten Kräfte. Während der Überprüfung wurden Fehlbestände, sowohl beim Personal als auch bei der Technik, entdeckt. Die Gesamtausstattung mit Personal beträgt 65%.

Trotz der Einführung einer einmaligen Geldprämie für den Abschluss eines langfristigen Vertrages mit den ukrainischen Streitkräften gelingt es der ukrainischen Regierung nicht, Bürger zum Vertragsdienst heranzuziehen. Außerdem verfügen wir über Informationen, dass die Geldmittel, die vom Staat für die Stimulierung und Belobigung ausgezeichneten Soldaten in der Zone der Operation der vereinigten Kräfte vorgesehen sind, einfach nicht bei denen ankommen, die eine solche Prämie verdienen, sondern auf der Ebene der Kommandeure und Leiter, die sich weit im Hinterland befinden, „verteilt“ werden. Auf diese Weise werden sich zusätzliche Zahlungen nach zuvor festgelegten „Preislisten“ für Soldaten, die Soldaten oder Technik des Gegners vernichtet haben, angeeignet. Um Geld zu erhalten, greifen die Kommandeure zum Betrug und geben „Fake“-berichte über die Vernichtung von Personal und Zielen der Volksmiliz an den übergeordneten Stab. Und natürlich gelangen auf der Grundlage dieser Lügen vom „Kampffeld“ offizielle Erklärungen des Stabes der OVK über heldenhafte Taten der ukrainischen Streitkräfte in die Sendungen. Weiter übernehmen auch die ukrainischen Massenmedien diese Lüge und einfache Menschen, die diesen Unsinn lesen, glauben an die Fähigkeit und Macht der ukrainischen Armee.

Die Volksmiliz spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung von Schutz und Sicherheit. Sie hält die Minsker Vereinbarungen streng ein und geht nicht auf militärische, politische, Informations- und andere Provokationen von Seiten der Ukraine ein.

In der letzten Woche wurden trotz der harten Wetterbedingungen in den Verbänden und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR Übungen durchgeführt, bei denen die Soldaten Übungsfragen bearbeitet und auch in der Praxis ihr hohes professionelles Niveau bestätigten. Außerdem begann die Vorbereitung von Technik und Personal für die Teilnahme an der Parade des Sieges am 9. Mai.

Der russische Militärexperte Alexej Podberjoskin vom Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO) hat in einem Gespräch mit dem Sender RT die Entscheidung des US-Kongresses kommentiert, die Bereitstellung von 200 Millionen US-Dollar für Militärhilfe an die Ukraine zu genehmigen.

„Es ist leider völlig offensichtlich, dass die Militäreskalation in Bezug auf die Ukraine eine strategische Richtlinie ist, die sich auch weiter entwickeln wird“, so der Experte.

Demzufolge werde sich die „Quantität und die Qualität der Ausrüstung allmählich erhöhen“. Denn die USA seien daran interessiert, dass der Konflikt „nicht einfach abschwillt, sondern sich rasch aufbauscht“.

Podberjoskin betont, dass die USA den Konflikt in der Ukraine kontrollieren würden. „Diese Kontrolle seitens der USA wird durch Lieferungen gewährt, darunter auch Waffenlieferungen, sowie durch finanzielle und politische Hilfe“.

Außerdem sei anzumerken, dass der US-Kongress diesmal um 150 Millionen Dollar weniger für die Unterstützung der Ukraine eingeplant habe als zuvor.

„Eine gewisse Kürzung der Finanzierung kann nur eines bedeuten: Man ist mit (Petro — Anm. d. Red.) Poroschenkos Regime nicht komplett zufrieden und gibt ihm zu verstehen: ‚Du, mein Herr, machst nicht alles so, wie wir es dir sagen‘. Diese Hilfe kann steigen, aber auch sinken“.

Die US-Militärhilfe für die Ukraine sei „in ihrem absoluten Umfang minimal“. „Wenn man von ernstern Waffen spricht, kann man für dieses Geld nichts Richtiges kaufen. Das ist eher eine politische Bezeichnung der Beteiligung der USA und ihrer Bereitschaft, an diesem Konflikt teilzunehmen“, meint der Militärexperte.

Früher hatte der US-Kongress eine Militärhilfe für die Ukraine in der Höhe von 200 Millionen Dollar eingeplant. Das Geld soll für „letale Defensivwaffen“, Schulungen von Militärs, Logistik, Unterstützung im Bereich der Aufklärung und für die Auswechslung von den zuvor von den USA gelieferten Waffen ausgegeben werden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/30213/40/302134072.jpg>

de.sputniknews.com: Ausweisung russischer Diplomaten: Außenpolitiker zu Moskaus Gegenmaßnahmen

Der Vizechef des Außenausschusses des russischen Oberhauses, Wladimir Dschabarow, hat in einem Gespräch mit Sputnik die Informationen über eine mögliche Ausweisung der russischen Diplomaten aus einigen EU-Ländern kommentiert.

Zuvor hatte am Freitag eine sachkundige Quelle Sputnik mitgeteilt, einige EU-Länder würden die Möglichkeit einer Ausweisung der russischen Diplomaten erwägen oder ihre eigenen Diplomaten aus Russland wegen des Giftanschlags in Salisbury zurückzurufen.

„Die Ausweisung der Diplomaten ist keine Abberufung des Botschafters für Konsultationen mehr, sondern eine ernsthafte Maßnahme, die normalerweise Gegenmaßnahmen fordert“, sagte Dschabarow. Würden sich auch andere EU-Länder Großbritannien anschließen und russische Diplomaten ausweisen, werde Moskau die Möglichkeit und das Maß der Gegenmaßnahmen in jedem konkreten Fall erwägen, so der russische Politiker

Dan-news.info: Spezialisten des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR haben eine Konzeption zur Entwicklung des wichtigsten Erholungsortes der Republik am Meer, der Ortschaft Sedowo, vorgestellt. Die Präsentation fand heute in Donezk im Rahmen einer Sitzung der behördenübergreifenden Kommission zur Fragen des Städtebaus auf dem Territorium der DVR statt.

„Zurzeit laufen Arbeiten zur Entwicklung der Erholungszone von Sedowo. Hauptaufgaben sind die Gewährleistung einer sehr modernen Infrastruktur der Ortschaft, die Strandzone zu erneuern, alle notwendigen Orte für den Aufenthalt von Urlaubern zu gewährleisten – Plätze, Parks, Ferienheime“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DVR, der Vorsitzende der Kommission Dmitrij Trapesnikow.

Der Leiter der Abteilung für Städtebau und Architektur des Bauministeriums Leonid Semtschenkow präsentierte die Entwicklungskonzeption für den Ort im Zeitraum von 2018 bis 2021. Zu dem Projekt gehören die Rekonstruktion der Komsomolskaja-Straße – der Austausch der Wasserleitungen und der vorhandenen Pumpunkte; die Mauern am Ufer und den Fußgängerzonen werden in Ordnung gebracht, die durch Überflutungen beschädigt wurden; die Straße werden zur Sicherung der Verkehrs erweitert; Bau eines Bahnhofs für innerstädtische Verbindung; grundlegende Erneuerung des Museums von Sedowo.

de.sputniknews.com: Europa droht Epidemie: USA nutzen Ukrainer als Versuchskaninchen  
In der ukrainischen Region Saporoschje ist eine Deponie mit anderthalb Tonnen biologischer Abfälle, darunter menschliche Überreste, entdeckt worden, wie die Onlinezeitung „Vzgljad.ru“ schreibt.

Die Situation könnte zum Ausbruch von Epidemien führen, was in der heutigen Ukraine besonders gefährlich ist – nach dem Bruch der Beziehungen zu Russland verwandelt sich das Land in einen Brutofen seltener Infektionen. Nicht ausgeschlossen ist, dass einer der Gründe die Benutzung von Ukrainern zu biomedizinischen Experimenten ist.

Die aktive Entwicklung der Mikrobiologie im 19. und 20. Jh. führte zu einer Kette historischer Siege an der Infektionsfront – es gab keine Epidemien von Typhus, Cholera, Pest und Milzbrand mehr, die seit Jahrhunderten viele Menschenleben forderten. Zu Beginn des 21. Jh. kommt es zwar immer noch zu unkontrollierten Epidemien, doch das sind entweder episodische Ausbrüche neuer Viren (wie H1N1) in Großstädten oder der Ausbruch von exotischen Infektionen (wie Ebola) in ärmsten Ländern Afrikas.

Eine große Rolle beim Sieg über weltweite Epidemien spielten russische Wissenschaftler: zum Russischen Reich und zur Sowjetunion gehörten Gebiete mit einer völlig unterschiedlichen epidemischen Situation. Das System zur Bekämpfung von Epidemien der Sowjetunion galt als eines der besten in der Welt und angesichts der Größe des Landes konnte es wohl als bestes betrachtet werden.

Doch nach 1991 änderte sich alles. Als ein äußerst ungünstiges Gebiet unter den postsowjetischen Ländern gilt die Ukraine, wo eine paradoxe Situation entstand. Die

Republik, die einen großen Teil des einheitlichen Systems erbt, versinkt rasant in die Reihe der epidemisch instabilen Staaten und wird für ihre Nachbarländer zur Quelle von Infektionen.

Es gibt mindestens drei Gründe: Der starke Rückgang des Niveaus der medizinischen Versorgung nach 2014, der Abbruch der Verbindungen zu Russland und (!) medizinische Experimente an der Bevölkerung.

#### *Krankenkarte der dritten Welt*

Alleine im letzten Jahr erlebte die Ukraine Ausbrüche von mehreren Infektionskrankheiten. Jetzt kämpft das Land gegen die Masern. Nach Angaben des ukrainischen Gesundheitsministeriums wurden in den ersten zehn Tagen dieses Jahres 200 Fälle dieser Erkrankung festgestellt, jeden Tag werden immer neue Fälle fixiert. Die Dynamik ist beeindruckend – 2016 gab es in der Ukraine 78 Fälle von Masern, 2017 – rund 3000. Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz berichtete, dass die Ukraine bei dieser Erkrankung auf Platz drei in Europa liegt.

2017 wurde in neun Regionen des Landes ein Ausbruch von Botulismus mit tödlichem Ausgang fixiert. Die Situation erreichte zwar noch kein kritisches Niveau, doch schlugen die Ärzte Alarm, da es einfach keine Medikamente für die Behandlung dieser Krankheit gibt. Bis 2014 wurde der Impfstoff in Russland gekauft, doch jetzt wird das „aus politischen Gründen“ nicht mehr getan. Die Kranken müssen die Medikamente illegal kaufen (für umgerechnet ca. 140 Euro bei Spekulanten). Es sind Vorschläge zu hören, sie als humanitäre Hilfe bei der EU zu beantragen.

Darüber hinaus ist ein Wachstum der Fälle von Keuchhusten zu erkennen. Die Situation mit der Kinderlähmung ist so kritisch, dass sich bereits WHO und UNICEF an Petro Poroschenko mit dem Aufruf wandten, etwas dagegen zu unternehmen.

Parallel ist ein Ausbruch von Diphtherie zu erkennen. Ukrainische Ärzte berichteten bereits im Herbst, dass es einfach keine Mittel gibt, um diese Epidemie zu stoppen, weil Kiew auf den russischen Impfstoff verzichtete und andere Hersteller nicht die notwendige Menge davon haben. Im Ergebnis kaufen die Ukrainer trotzdem russische Medikamente, jedoch illegal und viel teurer. Das Leben ist teurer als politische Ambitionen.

Diese Liste kann wohl fortgesetzt werden, doch der allgemeine Grund dieser Entwicklung ist klar – das Scheitern der Staatspolitik im Bereich Impfschutz nach 2014. WHO und UNICEF berichteten 2017, dass die Ukraine zusammen mit Syrien, Guinea, Nigeria und Somalia zur Liste der Länder mit den geringsten Vorbeugeimpfungen der Kinder gehört. Nach Angaben des britischen Immunologen David Salisbury, der in der Ukraine tätig war, lag 2016 das Niveau der Vakzinierung gegen gefährlichste Infektionserkrankungen unter den Ukrainern bei 50 Prozent, gegen Tuberkulose – bei etwas mehr als zehn Prozent, gegen Kinderlähmung – bei 39 Prozent, gegen Diphtherie, Wundstarrkrampf und Keuchhusten – bei nur zwei Prozent. Das waren die niedrigsten Kennzahlen der Immunisierung in der Welt. Der britische Experte sah bereits damals einen Ausbruch der Masern voraus.

Damit wurden die Hauptergebnisse des Euromaidan nicht nur das Wachstum der Preise, die Deindustrialisierung des Landes und die Massenauswanderung der arbeitstätigen Bevölkerung, sondern auch das Wachstum der Erkrankungen.

Man kann nicht sagen, dass in der entstandenen Situation Präsident Poroschenko nichts unternimmt. In die Ukraine wurden Vakzine gegen Diphtherie geliefert, die von der UNICEF als humanitäre Hilfe gekauft wurden, Ende Februar wurden von der UNO 220.000 Einheiten belgischer Vakzine gegen Masern, Parotitis und Röteln geliefert. Parallel erfolgt die Implementierung billigerer indischer Impfstoffe, die statt der geprüften russischen Vakzine geliefert werden.

Viele erinnern sich noch daran, wie ein indischer Impfstoff von UNICEF 2008 für die Einfuhr in die Ukraine verboten wurde. Doch jetzt ist dasselbe Erzeugnis der Ukraine genehm – Hauptsache, es ist nicht russisch.

### *Volk für medizinische Experimente*

Das Gesamtbild mit neuen Herstellern und Lieferbedingungen ruft bei der Bevölkerung zahlreiche Fragen hervor. Die jahrelange Propagierung der Schädlichkeit der Vakzinierung zeigt ihre Ergebnisse in der jetzigen Epidemie-Katastrophe. Die entsprechende Kampagne läuft in der Ukraine seit 2008 und fiel merkwürdigerweise zeitlich mit der Umverteilung des Marktes der immunbiologischen Medikamente zusammen.

Der größte Retter der Ukraine und der benachbarten europäischen Länder sind jetzt internationale Organisationen. Es handelt sich nicht nur um Humanismus – die Europäer nehmen ukrainische Arbeitsmigranten auf, aber wollen keine Infektionen zusammen mit der billigen Arbeitskraft bekommen. In Polen kam es bereits zu einer Zwangsvakzinierung von 700 Mitarbeitern einer Fleischfabrik nach dem Ausbruch von Masern bei zwei ukrainischen Mitarbeitern.

Es gibt auch einen anderen unangenehmen Aspekt. Die Staatsbürger der Ukraine können zu Experimenten für biomedizinische Forschungen benutzt werden.

Das ukrainische Gesundheitsministerium billigte offiziell die Durchführung klinischer Tests von Importwaren an Ukrainern. Im Befehl Nr. 835 werden offen 96 zu erforschende Medikamente genannt.

2016 wurde mitgeteilt, dass Beamte Tests eines US-Arzneimittels an Kranken mit rheumatoider Arthritis in Krankenhäusern in Charkow, Gebiet Saporoschje, Poltawa u.a. genehmigt hatten. Zudem wurden Tests von US-Medikamenten gegen Schizophrenie genehmigt, die in Krankenhäusern in Tscherkassk, Kiew, Cherson und Winnyzja erfolgen sollen. Medikamente aus den USA werden auch an Ukrainern mit Pneumonie getestet, z.B. in Kiew und Charkow.

Die US-Firma Pfizer will auch Medikamente an onkologisch Kranken in einigen ukrainischen Gebieten testen, wie auch die französische Firma AB Science. Das schwedische Pharma-Unternehmen AstraZeneca AB wird sein neues Medikament zur Behandlung von Patienten mit Lungenerkrankungen testen.

Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Neben offiziell anerkannten elf geschlossenen mikrobiologischen US-Zentren (ein davon liegt übrigens an der Grenze zu Russland) gibt es in der Ukraine ein Gelände, das im Rahmen des US-Militärprogramms DTRA funktioniert. Gemäß diesem Programm werden in den von Washington kontrollierten Staaten geschlossene mikrobiologische Zentren gebaut, die von den örtlichen Behörden nicht kontrolliert werden und Zugang zu Staatsgeheimnissen haben. Laut einer Version führen US-Biologen dort unter Deckung einer diplomatischen Immunität Forschungen, die außerhalb der internationalen Einschränkungen für biologische Waffen liegen.

Da kann man sich an den Weg der Firma Metabiota erinnern, die Aufträge des Pentagons in den Ebola-Brennpunkten in Afrika und in Epidemie-Gebieten in der Ukraine ausführte. An den Ausbruch von Schweinegrippe in der ukrainischen Armee, die zu Todesfällen unter den Soldaten führte. An die Erforschung der Cholera durch Bakteriologen aus den USA, die zeitlich mit ihrer Rückkehr in die Ukraine und dem Auftauchen eines ähnlichen Stammes in Moskau zusammenfielen. Oder an eine neue Welle von Hepatitis. Danach braucht man sich kaum zu wundern, dass im Gebiet Odessa ein aggressiver Typ der Masern B3 (Kabul) zirkuliert, und in anderen Gebieten der Ukraine – europäische Muster des Virus D8. Ob wohl das Vorhandensein eines geschlossenen mikrobiologischen Zentrums der USA in Odessa und das Auftauchen eines spezifischen asiatischen Virus in der Region, dessen Name mit dem Standort des afghanischen Biolabors der Amerikaner übereinstimmt, ein Zufall ist?

Russland sollte jedenfalls die Situation aufmerksam verfolgen. Infektionen kennen keine Staatsgrenzen und die genetische Gemeinsamkeit der Russen und Ukrainer macht unsere Völker gleich anfällig gegenüber nicht sauberen biomedizinischen Forschungen der modernen Welt der globalen Konkurrenz.

## Lug-info.com: Erklärung der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe der Kontaktgruppe Olga Kobzewa

Seit den ersten Tagen des Abschlusses der Minsker Vereinbarungen wurde eine grundlegende Regelung verletzt – der Beginn eines Dialogs der LVR und der DVR mit Kiew. Über ein halbes Jahr fegte die Oberste Rada alle Vorschläge der Republiken über die Durchführung von örtlichen Wahlen zu Seite. Als die Frage der Annahme von Gesetzen über Begnadigung und Amnestie, des Verbots der Verfolgung und Bestrafung von Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen in den Oblasten Donezk und Lugansk anstand, unterstrich daher der stellvertretende Leiter der Administration des ukrainischen Präsidenten Konstantin Jelisejew, dass die Ukraine keine Verhandlungen mit Vertretern der selbstausgerufenen Volksrepubliken führen wird.

Faktisch wurden alle Punkte der Vereinbarung über die Gewährleistung eines sicheren Zugangs, Lieferung, Aufbewahrung und Verteilung von humanitärer Hilfe an Bedürftige auf der Grundlage eines internationalen Mechanismus, die vollständige Wiederherstellung der sozialökonomischen Verbindungen, einschließlich sozialer Zahlungen, Renten und anderer Zahlungen von Seiten der Ukraine sowie des Wiederaufbaus des Bankensystems in den von dem Konflikt betroffenen Gebieten ignoriert.

Am 20. Februar hat der Präsident der Ukraine Pjotr Poroschenko das Gesetz „über die Reintegration“ des Donbass unterzeichnet. Direkt danach gab er der Führung der militärischen Strukturen die Anweisung, in kürzester Frist Vorschläge für eine Veränderung des Formats der militärischen Operation im Donbass vorzulegen. So wird die „Antiterroroperation“ im Donbass zu einer vollständigen Angriffsstrategie unter Leitung des Präsidenten der Ukraine.

Nachdem Poroschenko das Gesetz über die Reintegration unterzeichnet hatte, bestätigte er die Ausrichtung auf eine gewaltsame Lösung des Konflikts im Donbass.

Das Gesetz widerspricht vollständig den Minsker Vereinbarungen und legt die staatliche Unterstützung der Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte fest.

Es reicht die Erklärungen von ukrainischen Beamten zu hören oder zu lesen:

„Wir gehen schließlich zur kroatischen Variante über“, sagte der Leiter der militärisch-zivilen Donezker Oblastverwaltung Shebriwskij und unterstrich, dass gerade ein gewaltsamer Weg zur Rückeroberung der nicht kontrollierten Territorien realisiert werden soll.

Wir merken an, dass als ‚kroatische Variante‘ eine militärische Befreiung von nicht von der Zentralregierung kontrollierten Territorien bezeichnet wird. Sie erhielt die Bezeichnung zu Ehren einer Operation der kroatischen Armee „Burja“ am 4. August 1995, als unter dem Vorstoß von Regierungskräften die Existenz der Serbischen Kraina in Kroatien beendet wurde.

Bereits Anfang September 2014 erklärte der damalige Berater des Präsidenten der Ukraine Poroschenko und jetzige Generalstaatsanwalt des Landes Jurij Luzenko, dass die Kiewer Regierung für den Sieg über die Milizen des Donbass die kroatische Erfahrung nutzen muss, die seinerzeit die nicht anerkannte Republik Serbische Kraina im Laufe von Strafoperationen vernichtet hat.

Schlimme Befürchtungen bestätigt die Erklärung des stellvertretenden Ministers für Fragen der zeitweilige besetzten Territorien und interne Flüchtlinge der Ukraine Jurij Grimtschak über mögliche Szenarien für den Donbass. Aber kein einziges von ihnen sieht eine friedliche Lösung der Frage vor.

Er fügte hinzu, dass ein militärisches Szenario es dem ukrainischen Militär erlauben wird, den Donbass in kürzester Zeit unter Kontrolle zu bekommen. Als Ort für die Realisierung einer kroatischen Variante wollte die Ukraine die Eröffnung des Kontroll- und Passierpunkts bei Solotoje nutzen.

Die Behandlung jedes militärischen Szenarios droht mit Tausenden von Opfern auf beiden

Seiten und härtesten Gefechten von militärischen Formationen und einem Übergehen in einen großflächigen Krieg, in den viele Staaten und internationale Organisationen hereingezogen werden können.

Es ist die Zeit gekommen, in der die Bevölkerung Europas wieder zu sich kommen und die Regierungen daran hindern muss, sie in einen weiteren groß angelegten Krieg auf dem Kontinent hineinzuziehen.

Wir (die Vertreter der LVR und der DVR) haben mehrfach erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte ihre Positionen im Donbass verstärken.

Wir äußern die Hoffnung, dass bei den Handlungen der internationalen Gemeinschaft zur Stabilisierung der Situation in der Ukraine keine Orte mit „doppelten Standards“ zurückbleiben.

Im September 2017 wurde vom Präsidenten der RF Wladimir Putin die Erörterung der Frage der Stationierung einer Friedenstruppenmission im Donbass entlang der Abgrenzungslinie zur Gewährleistung der Sicherheit der OSZE-Mitarbeiter im Zusammenhang mit den zunehmenden provokativen Aktivitäten von Seiten der Ukraine ihnen gegenüber wieder aufgenommen. Aber die Ukraine drückt eine Stationierung einer Friedensmission unter ihren Bedingungen ohne Erörterung mit den Vertretern der Republiken durch.

Ich möchte auf die Erklärungen in der Öffentlichkeit von Seiten Irina Geraschtschenkos, der bevollmächtigten Vertreterin von Seiten der Ukraine in der humanitären Untergruppe, zur Erörterung der Frage der Befreiung von politischen Gefangenen in der RF hinweisen.

Diese Frage, ich unterstreiche das, wurde niemals auf Sitzung in der Gruppe erörtert, die Gruppe arbeitet im Rahmen der Minsker Vereinbarungen und ukrainische Fragen, die mit der RF verbunden sind, wurden niemals auf die Tagesordnung gesetzt.

Schlüsselfragen für die Verhandlungen der humanitären Gruppe sind:

- die Befreiung ungesetzlich Festgehaltener auf dem Territorium der Ukraine;
- Wiederherstellung der zerstörten Brücke von Staniza Luganskaja;
- Eröffnung eines Kontroll- und Passierpunkts an der Brücke bei Stschastje (Fahrzeug- und Fußgängerkorridor) und gleichzeitig in Solotoje;
- Erarbeitung eines Mechanismus zur Suche und Identifikation von im Zusammenhang mit den Konflikt vermissten Personen im zweiseitigen Format mit dem IKRK.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine wirbt durch Erpressung Bürger der Ukraine zur Spionage im Donbass an. Auf Soldaten der LVR übt der SBU über Verwandte Druck aus, mit Drohungen und Erpressung werden sie gezwungen, eine Vereinbarung über „freiwillige Zusammenarbeit“ und Übergabe von Informationen an den SBU zu unterschreiben.

So wurde in Stschastje, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird, von einer Gruppe von Mitarbeitern des SBU aus der Westukraine eine Spezialoperation durchgeführt, mit dem Ziel alle Verwandten von Soldaten der LVR zu inoffizieller Zusammenarbeit heranzuziehen.

Ich will die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass Geiselnahme von der internationalen Konvention über Geiselnahme, die am 16. Dezember 1979 von der UN-Generalversammlung beschlossen wurde, als ein Verbrechen angesehen wird. Unmittelbares Objekt des Verbrechens, das im § 147 des Strafrechtsbuchs der Ukraine vorgesehen ist, ist die persönliche Freiheit und Sicherheit von Personen, die als Geiseln genommen werden. Diese Handlungen des SBU – Verwendung von Verwandten, gewöhnlichen Bürgern als Geiseln, darüber hinaus Geiselnahme von Minderjährigen, die keinerlei Beziehung zu den Streitkräften der Republik und den militärischen Strukturen haben – fallen unter den Begriff „Terrorismus“.

Da wir rechtzeitig über die rechtswidrigen Handlungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte, Rechtsschutzorgane und Spezialdienste der Ukraine berichtet haben, rechnen wir mit einer entsprechenden rechtlichen Bewertung von Seiten der internationalen Gemeinschaft. Wir bleiben weiter den Minsker Vereinbarungen treu. Die Republik wird die von ihr

entsprechend diesen Vereinbarungen übernommenen Verpflichtungen folgerichtig erfüllen, um einen Dialog mit der ukrainischen Seite zu führen und Kompromisse zu erzielen.

de.sputniknews.com: Moskau: IS trainiert Kämpfer aus Russland und Zentralasien in Nord-Afghanistan

Der stellvertretende Abteilungsleiter des russischen Außenministeriums Artjom Koschin hat die Informationen über ein Netz von Trainingslagern, das die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch IS) im nördlichen Teil von Afghanistan aufbaut, als besorgniserregend bezeichnet.

„Die Sicherheitslage in Afghanistan ruft bei uns wesentliche Sorgen hervor. Die Taliban-Bewegung führt eine aktive terroristische Tätigkeit durch, unternimmt systematische Angriffe in verschiedenen Teilen des Landes und hält bis zur Hälfte des Staatsgebietes unter ihrer völligen oder teilweisen Kontrolle, sagte er bei einem Briefing.

Zudem sei die Tätigkeit der Terrormiliz „Islamischer Staat“\* nach wie vor ein wesentlicher Faktor, der die weitere Verschlechterung der Lage in Afghanistan beeinflusse.

Zudem stocke der IS konsequent die Zahl seiner Terrorkämpfer im Norden des Landes auf. Moskau sei über das Netz von Trainingslagern besorgt, welches der IS im Norden des Landes aufbaue. In diesen Lagern würden Kämpfer ausgebildet, die aus Zentralasien, Russland und einer Reihe anderer Länder stammten, betonte Koschin.

Dabei würden im Norden und im Osten Afghanistans sowohl das Zusammenwirken zwischen dem IS und der Taliban-Bewegung als auch Zusammenstöße zwischen den beiden Gruppierungen festgestellt.

Dan-news.info: „Seit Anfang 2018 ist das republikanische klinische Kinderkrankenhaus ein vielseitiges Krankenhaus für Einwohner aus dem gesamten Donbass geworden, und es haben bereits 112 Kinder aus dem von der Ukraine kontrollierten Teil des Donezker Oblast qualifizierte medizinische Behandlung erhalten“, teilte das Gesundheitsministerium der DVR mit.

56 Kinder wurden in dem Krankenhaus stationär behandelt, 56 ambulant.

Ukrinform.ua: Abkommen von Minsk: Frankreich und Deutschland werden weiter Druck auf Russland ausüben.

Frankreich wird sich gemeinsam mit Deutschland um die Umsetzung des Minsker Abkommens bemühen.

Das erklärte der französische Außenminister, Jean-Yves Le Drian, auf einer Pressekonferenz in Kiew. „Wir werden weiter Druck auf Russland ausüben“, sagte der Minister. Russland müsse auch für die Umsetzung der Vereinbarungen und seiner Verpflichtungen tun. „Russland muss alles Notwendige und von ihm abhängige für eine nachhaltige Waffenruhe im Donbass tun, was einen Übergang zum politischen Teil des Abkommens ermöglicht“, so Le Drian.

Der französische Außenminister rief auch die Ukraine zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen des Minsker Abkommens auf. Er betonte weiter, Frankreichs Position bezüglich der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine sei unverändert.

de.sputniknews.com: Diesmal keine Russen? FBI beschuldigt Iran für neue Hacker-Angriffe  
Amerikanische Behörden werfen russischen Staatsbürgern seit Längerem Hacker-Angriffe auf US-Internetseiten vor. Am Freitag hat nun das FBI jedoch Iranern beschuldigt, geheime Informationen gestohlen zu haben.

Laut dem US-Geheimdienst FBI hat eine Gruppe von Hackern, die von der iranischen Regierung direkt unterstützt sein soll, geheime Informationen in Bezug auf kommerzielle und

militärische Bereiche sowie sensible Informationen über die Arbeit der US-Regierung gestohlen.

"Die von der Regierung (des Iran) unterstützten Hacker haben Geheimnisse unserer Regierung, Geschäftsgeheimnisse, unsere Technologien, Ideen für unser Militär und Informationen über unsere Wettbewerbsvorteile gestohlen", erklärte in diesem Zusammenhang David Boutich, stellvertretender Direktor des FBI. Westliche Politiker werfen russischen Staatsbürgern und direkt der russischen Regierung immer wieder vor, hinter Hacker-Angriffen auf Behörden und Institutionen zu stecken. Auch deutsche Behörden hatten Anfang des Monats gemeldet, dass der Bundestag angeblich von einem Hacker-Angriff getroffen worden sei, der aus Russland initiiert worden sei.

Wpered.su: Am 22. März fand in den Räumen der Donezker Nationaluniversität ein Seminar zum Jahrestag der Pariser Commune statt. Organisator der Veranstaltung war die historische Fakultät, teilt ein Korrespondent der Seite „Wperjod“ mit.

„Die Pariser Commune war ein gutes Vorbild für die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Die Bolschewiki haben von dort viel aufgenommen. Die Pariser Commune zeigte, dass das Proletariat die Macht in seine Hände nehmen kann. Aber es erlitt eine Niederlage aufgrund unentschlossener Maßnahmen gegenüber seinen Feinden, im Ergebnis wurden viele Menschen erschossen, in die Verbannung geschickt“, unterstrich der zweite Sekretär des ZK der KP der DVR Anatolij Chmelewoj.

Er unterstrich auch, dass für den Sieg der Werktätigen eine politische Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse notwendig ist. Das gab es weder zur Zeit der Pariser Commune noch zur Zeit des „Antimaidans“ im Donbass.

„Die Pariser Commune erhellte allen versklavten Völkern den Weg, in erster Linie der Arbeiterklasse. Das 20. Jahrhundert war voll von revolutionären Ereignissen. Alle Länder, in denen sich sozialistische Revolutionen vollzogen, nahmen das Vorbild der Pariser Commune als Grundlage. Dieser Erfahrung wurde in Asien, Europa, Lateinamerika genutzt. Sie diente als gute Grundlage für den Sieg der Volksmacht“, meint der erste Sekretär des Makejewker Stadtkomitees des Leninschen Komsomol Anton Sajenko.

„Das ist ein sehr wichtiges Ereignis, das eine tiefe Spur in der Weltgeschichte hinterlassen hat. Dies war die erste Erfahrung beim Aufbau eines proletarischen Staats. Obwohl der Versuch keinen Erfolg hatte, zeigte er, dass die Arbeiter würdig sind, die Macht in ihre Hände zu nehmen und ihren Staat zu schaffen, der auf Ehrenhaftigkeit und soziale Gerechtigkeit gegründet ist. Es ist sehr wichtig, dass die Studenten unserer Republik von diesem Ereignis wissen, weil das Datum 18. März, der Tag der Ausrufung der Pariser Commune, im Zeitraum bis zur Schaffung unserer Republik aus irgendeinem Grund in Vergessenheit geriet“, sagte der Dozent des Lehrstuhls für Weltgeschichte Witalij Rasumnyj.

Nach seinen Worten wird der Geschichte der Pariser Commune derzeit recht viel Unterrichtszeit gewidmet. In der Universität werden regelmäßig Seminare durchgeführt und das Thema gehört in die Listen der Examensfragen.



[http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/03/IMG\\_20180322\\_152307-768x576.jpg](http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/03/IMG_20180322_152307-768x576.jpg)

de.sputniknews.com: „Booom“: Sawtschenko wollte offenbar gesamte Poroschenko-Clique mit in den Tod reißen

Schon zum zweiten Mal seit vier Jahren ist die „Heldin der Ukraine“ und inzwischen Ex-Parlamentsabgeordnete Nadeschda Sawtschenko festgenommen worden. Aber diesmal nicht im Donbass und nicht in Russland, sondern in ihrer Heimat.

Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft hat kürzlich ein Video veröffentlicht, in dem Sawtschenko angeblich einen Plan zum Angriff auf das „Regierungsviertel“ in Kiew besprochen hat.

In dem Video, das am Donnerstag in der Rada gezeigt wurde, war zu sehen, dass Nadeschda Sawtschenko mit dem Leiter des Zentrums befreiter Gefangener „Offizierskorps“, General Wladimir Ruban, und einem Offizier des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) sprach, der sich als Militär ausgab und den sie vermutlich in ihr Gespräch einbeziehen wollten. Das Gespräch hatte möglicherweise in einem Truppenteil im Gebiet Chmelnyzki stattgefunden. „Ich schlage einen Regierungssturz vor. Deshalb sollten sie physisch beseitigt werden, und zwar alle und auf einmal“, sagte Sawtschenko.

Die Teilnehmer des Gesprächs sagten, dass Vertreter der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk bereit wären, „sich mit der Ukraine abzufinden, aber nicht mit dieser Macht“. Außerdem wurde der angebliche Wunsch des Chefs der Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, betont, man sollte „Turtschinow ihm überlassen“. Alexander Turtschinow ist der Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrats, der sich für den Krieg im Donezbecken aktiv engagiert hat.

Wladimir Ruban sprach sich seinerseits dafür aus, dass „für den Anfang die Einwohner Kiews auf die Straße gehen sollten, und dann würden die die Genossen entweder hinaus- oder hineintreiben“. Sawtschenko äußerte sich dagegen: „Was Wolodja (Wladimir Ruban) vorschlägt, ist eine Revolution. Ich bin aber für einen Regierungssturz. Sie sollten physisch beseitigt werden. Es ist nötig, dass sie fliehen, dass Chaos ausbricht.“

Als zweiten Schritt schlug Ruban folgendes vor: „Wir reißen das schöne Haus, das an dieser verdammten Stelle gebaut wurde (die Oberste Rada), ab – oder sogar das ganze Regierungsviertel.“

Ferner einigten sich die Teilnehmer des Gesprächs darauf, dass die Ukraine derzeit von vier Schlüsselpersonen verwaltet werde: Petro Poroschenko, Arssen Awakow, Alexander Turtschinow und noch jemandem, der in dem Video nicht erwähnt wurde. Gleichzeitig entwickelten sie einen Plan zur Beseitigung der Machthaber.

#### *Jeanne d'Arc und Guy Fawkes der Ukraine*

Sawtschenko zufolge würde es für den Erfolg dieser „Mission“ ausreichen, wenn man die ukrainischen Spitzenpolitiker im Präsidiumsraum der Rada einsperren, „den Kronleuchter und die Kuppel herabstürzen lassen“ würde. Man bräuchte zudem „200 oder 300 besonders freche Leute“. Zugleich sagte die Ex-Pilotin, sie könnte selbst sechs Granaten im Gebäude zünden. Zur besagten „Stunde X“ sollte ihr zufolge ein Tag werden, an dem sich alle führenden Persönlichkeiten des Staates im Parlament versammeln würden und an dem Präsident Poroschenko mit seiner Jahresansprache in der Rada auftreten sollte.

Weiter will einer der Gesprächspartner wissen, wer denn in diesem Fall die Rolle von Jeanne d'Arc übernehmen werde. Ruban und Sawtschenko antworteten, dass diese Rolle gerade der Jeanne d'Arc auch überlassen werde. Sprich Sawtschenko. „Helden sterben nicht, Helden sollten tot sein“, betonte die nun Ex-Parlamentarierin und gab damit zu verstehen, dass sie in dieser Rolle sich selbst sieht. Auf die Frage, wer sie ersetzen sollte, antwortete sie: „Das ist mir egal.“

Ob es sich bei all diesen Äußerungen um ernst gemeinte Pläne handelt, oder es nur Drohungen gewesen sind, kann oder will die ukrainische Staatsanwaltschaft bislang nicht bekanntgeben.

#### *So wurde aus der Heldin eine Volksfeindin*

Nachdem das Video gezeigt worden war, warf Generalstaatsanwalt Juri Luzenko Sawtschenko eine Verschwörung in Kooperation mit der Volksrepublik Donezk und die Vorbereitung von Massenmorden vor. Luzenko zufolge wollten die Verschwörer „entweder auf der Truchanow-Insel oder auf einem Lastkahn am Dnepr Granatwerfer aufstellen und das Zentrum von Kiew beschießen“.

Nach diesen Anschuldigungen ging Sawtschenko zum Rednerpult und zeigte sich wie stets selbstbewusst und energisch. Ihren Auftritt begann sie mit den Worten: „Ihr werdet euch gleich in die Hosen sche...en!“. Die Parlamentarierin schien den Moment zu genießen und schaute ab und zu auf den Bildschirm, auf dem ihr Auftritt gezeigt wurde.

Sawtschenko zeigte den Anwesenden ihren „Heldenstern“ (eine Kriegsauszeichnung) und ihren Abgeordnetenausweis und brachte folgende Thesen zum Ausdruck. Erstens wollen nach ihren Worten die ukrainischen und die russischen Machthaber, „dass der Krieg kein Ende findet“. Zweitens „wollen die Ukrainer auf beiden Seiten Frieden“. Drittens sollte die ukrainische Verfassung novelliert werden, damit die Probleme des Landes in den Griff bekommen werden könnten. Unter anderem sollte ein neues Wahlgesetz und ein Gesetz über die Amtsenthebung des Präsidenten verabschiedet werden. Zum Schluss warf Sawtschenko den Abgeordneten vor, sie hätten „nichts dafür getan, dass die Ukraine stark und unabhängig wird“, und ergänzte:

„Die Terroranschläge, die Ihr verübt, indem Ihr so hohe Kommuntarife festlegt, werden irgendwann gegen Euch selbst schlagen.“

Kurz nach dieser Rede hob das Parlament Sawtschenkos Abgeordnetenimmunität auf: Dafür stimmten 291 Abgeordnete. 277 stimmten ihrer Festnahme und 268 ihrer Verhaftung zu. Dabei hatte Sawtschenko zur Sitzung zwei Granatäpfel mitgebracht. „Es ist mir wichtig, Euch zu zeigen, dass Ihr am Rande des Todes schwebt. Ihr hattet ja sicher alle Angst, ob ich nun Granaten bei mir habe oder nicht. Ich habe sie tatsächlich dabei. Hier“, sagte die ehemalige Pilotin und nahm die Granatäpfel aus ihrer Tasche. Danach forderte der Staatsanwalt Sawtschenko in ultimativer Form auf, mit den Einschüchterungsversuchen aufzuhören, und die Granatäpfel zu essen. „Soll ich die vielleicht lieber werfen?“, erwiderte Sawtschenko.

Am Freitag sind diese Ereignisse in Moskau als „eine weitere Schande für die Ukraine“ bezeichnet worden. „Sawtschenko könnte ihnen einen Streich spielen: Sie wird jetzt als Opfer dastehen, und die Ukrainer könnten Mitleid mit ihr haben“, sagte der Erste Vizevorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates (Parlamentsoberhaus), Wladimir Dschabarow. „Sie könnte jetzt sehr viele Punkte sammeln und zur nationalen Führerin aufsteigen. Sie hat alle Voraussetzungen dafür.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32003/69/320036901.jpg>

### **Abends:**

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Moskau dementiert Berichte über russische Luftschläge mit Brandbomben.

Das russische Verteidigungsministerium hat am Freitag Berichte westlicher Medien dementiert, dass die russischen Luft- und Weltraumkräfte in Ost-Ghuta angeblich mit „Brandbomben“ Luftangriffe fliegen.

„Die russischen Flugzeuge fliegen keine Luftangriffe auf Wohnviertel in Ost-Ghuta und setzen im Unterschied zu der US-geführten internationalen Koalition keine Brandmunition ein“, teilte Russlands Verteidigungsbehörde am Freitag mit.

Die Berichte, die die „Weißhelme“ und die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte verbreiten, seien „eine notorische Lüge“, so das Verteidigungsministerium.

Laut Umfragen unter den Einwohnern von Ost-Ghuta, die unter Beteiligung des russischen Versöhnungszentrums in sichere Gebiete geflohen waren, operieren die Vertreter der sogenannten „Weißhelme“ nur in den Gebieten, die von der Terrormiliz „al-Nusra-Front“ kontrolliert werden, heißt es in der Mitteilung des Verteidigungsministeriums. Es wird außerdem betont, die Einwohner von Ost-Ghuta hätten von den „Weißhelmen“ niemals Hilfe erhalten.

Die Verteidigungsbehörde unterstreicht, diese Informationen würden von Vertretern der syrischen bewaffneten Opposition bestätigt, die aus Ost-Ghuta in die Deeskalationszone Idlib geflohen waren.

„Darum ruft die blinde Bereitschaft einiger europäischer Medien, falsche Informationen unter

Verweis auf die ‚Weißhelme‘ zu zitieren, erneut Kopfschütteln hervor“, so das Ministerium. Die Lage in Ost-Ghuta hat sich in den vergangenen Wochen zugespitzt. Am 24. Februar hatte der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2401 angenommen, die alle Kriegsparteien auffordert, die bewaffneten Auseinandersetzungen einzustellen und eine humanitäre Pause für mindestens 30 Tage auf dem gesamten Territorium Syriens zu gewährleisten. Die bewaffneten Milizen in Ost-Ghuta beschießen Damaskus täglich mit Raketen und Minen. Unter Beschuss stehen sowohl Randgebiete als auch das Zentrum der Stadt. Auf Befehl des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, waren in Ost-Ghuta am 27. Februar eine tägliche humanitäre Pause eingeführt sowie einige humanitäre Korridore geöffnet worden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31975/00/319750002.jpg>

de.sputniknews.com: Bundeshack: Moskau weist Beschuldigung zurück

Die Vorwürfe einer Beteiligung Russlands an der Cyber-Attacke auf das deutsche Regierungnetzwerk sind unbegründet, erklärte der stellvertretende Leiter der Abteilung für Information und Presse des russischen Außenministeriums, Artem Koschin, am Freitag. Seit Dezember untersucht die Bundesverwaltung die Hackerattacken auf das Regierungnetz. Medienberichten zufolge könnten die Angreifer der Gruppe APT28 angehören, die angeblich in Verbindung zu Russlands Geheimdienst steht.

„Wir verweisen auf den erneuten Medienrummel und die Spekulationen in Bezug auf Russlands angebliche Beteiligung an angeblichen Hackerangriffen auf das Computer- und Kommunikationssystem der Bundesregierung“, so Koschin.

Russland betrachte die Anschuldigungen der Beteiligung am Hackerangriff auf das Regierungnetzwerk Deutschlands für unbegründet, die russische Regierung sei aus Deutschland noch nicht über den Hackerangriff informiert worden.

„Wir stellen fest, dass es während der langjährigen Kampagne des Westens gegen die sogenannte russische Cyber-Bedrohung nie eine einzige Anfrage an Moskau gab, die Situation zu klären oder darauf zu reagieren“, fügte Koschin hinzu.

Der Westen setze auf eine öffentliche Ressource, um Behauptungen gegen Russland vorzubringen, die als unbewiesen gelten. „Es entsteht der Eindruck, dass die antirussische Hysterie zielbewusst aufgeblasen wird, um Ausgaben für die ‚Verteidigung im virtuellen Raum‘ zu rechtfertigen.“

Bisherigen Informationen zufolge wurde die Cyber-Attacke im Dezember 2017 festgestellt. Der Nachrichtenagentur DPA zufolge wurde das Informationsnetzwerk von Bundesregierung und Bundestag, Außenministerium und Verteidigungsministerium angegriffen, dabei sollen Daten abgefließen sein.